GUTE INKLUSION!

FÜR HAMBURGS SCHÜLERINNEN

Anhörung der Volksinitiative

Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen

Schulausschuss der Hamburger Bürgerschaft 11.7.2017

Christina Dwenger
Mutter zweier Kinder in der Grundschule.
Journalistin.
Mitinitiatorin der Volksinitiative Guter Ganztag.
Elternvertreterin und Mitglied des Ganztagsausschusses.

Maik Findeisen
Vater eines Jungen.
Fachreferent im Gesundheitswesen.
Mitglied im Elternrat einer Stadtteilschule.
Delegierter in der Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen in Hamburg.

Nicole Freckmann
Mutter von drei Jungen.
Geschäftsführerin im Bereich der freien Jugendhilfe, Mediatorin und Supervisorin.
Mitglied im Elternrat einer Stadtteilschule.
Delegierte im Kreiselternrat.

Pit Katzer
Vater von zwei erwachsenen Kindern mit fünf Enkelkindern.
Schulleiter i.R. von einer Stadtteilschule, die mit dem Jakob Muth – Preis für beispielhafte Umsetzung inklusiver Bildung ausgezeichnet wurde.
Fünfundzwanzig Jahre Erfahrung mit Integration und Inklusion.

Boris Kelting
Vater von vier Kindern.
Lehrer an einer Hamburger Grundschule.

Jule Meier
Oberstufenschülerin an einer Stadtteilschule.
Sechs Jahre Erfahrung in einer Integrationsklasse.
Fünf Jahre als Schulsprecherin tätig.
Mitglied der Schulkonferenz.

Sven Quiring
Sonderpädagoge in einem Regionalen Beratungs- und Bildungszentrum.
Mitglied im Gesamtpersonalrat für das Personal an staatlichen Schulen in Hamburg.
Stellvertretender Vorsitzender der GEW-Hamburg.

Martin Reichert
Vater eines erwachsenen Sohnes mit Enkelkind.
Gymnasiallehrer i.R.
Sechzehn Jahre Unterrichtserfahrungen in Integrations- und Inklusionsklassen.

Hanna Schweizer
Oberstufenschülerin an einer Stadtteilschule.
Sechs Jahre Erfahrung in einer Integrationsklasse.
Seit mehreren Jahren Schulsprecherin und Mitglied der Schulkonferenz.

Sylvia Wehde
Mutter von drei Jungen in drei Schulformen.
Mitglied im Elternrat einer Stadtteilschule und eines Gymnasiums.
Delegierte in der Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen in Hamburg

Volksinitiative Gute Inklusion
Das sind wir:

Die Volksinitiative *Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen* hat in nur drei Monate über 24.000 Unterschriften für ihre Forderungen gesammelt.

Darüber hinaus unterstützen 21 Organisationen und zwei Bürgerschaftsparteien die Volksinitiative.

Das zeigt, welchen Stellenwert dieses Thema in der Hamburger Bevölkerung hat.

Im Namen der über 24.000 Hamburger und der unterstützenden Organisationen möchten wir im Folgenden unsere Forderungen darstellen und erläutern, warum ihre Umsetzung für eine gute Inklusion notwendig ist.

Unsere Volksinitiative besteht aus zehn Mitgliedern, darunter fünf Eltern, zwei Schülerinnen, zwei Pädagogen und ein pensionierter Schulleiter.

Wir freuen uns sehr über die ….

Anhörung der Volksinitiative
Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen

Schulausschuss der Hamburger Bürgerschaft 11.7.2017

Gute Inklusion
Was meinen wir damit?

Gute Inklusion bedeutet für uns …

Ich bin Schülerin in der Oberstufe einer Stadtteilschule und habe dort mehrere Jahre aktiv in der Schülervertretung gearbeitet. In der Mittelstufe war ich durchgängig in einer Integrationsklasse.
Ich finde, dass dort die Inklusion gut geklappt hat. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass dies auch in Zukunft möglich ist.
Bei mir in der Klasse war es so, dass wir nach der Einschulung in Jahrgang 5 in den ersten Tagen mit unseren zwei Tutoren viele Kennenlernspiele gemacht haben und uns wechselseitig vorgestellt haben, was wir gerne mögen, was wir gut können, wo wir Unterstützung brauchen, was wir uns von den anderen im Umgang miteinander wünschen.
Dadurch ist bei allen das Vertrauen entstanden: Ich kann mich so zeigen, wie ich bin. Jeder hat seine besonderen Stärken und Schwächen und das ist für alle in Ordnung. Im Unterricht haben wir oft mit Wochenplänen gelernt mit unterschiedlich schwierigen Aufgaben und uns viele Dinge selbst erarbeitet. Dafür gab es sogar einen zusätzlichen Gruppenraum. Hierhin konnten wir uns zurückziehen, um in Ruhe zu lesen oder zu rechnen. Gearbeitet wurde an ähnlichen Themen, nur eben auf unterschiedlichem Niveau. Ein Mitschüler übte immer wieder die Grundrechenarten, während wir uns schon mit Brüchen oder Gleichungssystemen beschäftigten. Dadurch, dass immer zwei Lehrkräfte im Unterricht waren, konnten alle Schüler genügend Unterstützung beim Lernen erhalten.
Bei uns war eine Stunde in der Woche Klassenrat. Der wurde von uns selber geleitet. Dort wurden Konflikte besprochen, gemeinsame Aktivitäten wie Ausflüge und Klassenreisen geplant oder Verbesserungsvorschläge für den Unterricht eingebracht. Im Klassenrat wurde immer wieder deutlich, dass die Meinungen, Wünsche und Interessen sehr unterschiedlich sind. Wir haben zunehmend gelernt, Lösungen zu suchen, mit denen alle gut leben können.

Bei uns an der Schule gibt es in der Mittelstufe jede Woche acht Stunden Projektunterricht für die Fächer Gesellschaft, Ethik, Religion, Arbeit und Beruf. Dort haben wir in kleinen Gruppen zu einem Unterthema des Projekts eine Präsentation erarbeitet. In den Projektgruppen waren immer Schüler mit sehr unterschiedlichen Fähigkeiten. Die Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf waren meist auf verschiedene Gruppen verteilt. Dadurch mussten wir uns nicht nur zum Projektthema Gedanken machen. Wir mussten auch überlegen, wer was zur Präsentation beitragen kann. Dabei erhielten wir Unterstützung und Anregungen von den zwei Lehrkräften.
Für mich war die Zeit in der Integrationsklasse eine große Bereicherung. Ich habe viel über Toleranz und die Unterschiedlichkeit meiner Mitmenschen gelernt. Dadurch wurden sicher einige Barrieren in meinem Kopf abgebaut.
Ich habe aber auch viel fachlich gelernt. Dadurch, dass im Unterricht durchgängig zwei Lehrkräfte waren, konnten alle, nicht nur die Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf sehr gut gefördert werden. Nur einer Lehrperson wäre es nicht möglich gewesen, jedem Schüler gerecht zu werden und auf seinen Leistungsstand einzugehen.
Leider sieht es seit ein paar Jahren in den neuen Inklusionsklassen anders aus. Als Schulsprecherin höre ich oft von den Schülern aus diesen Klassen, dass sie zu wenig Unterstützung beim Lernen bekommen, weil es jetzt viel weniger Doppelbesetzung gibt, obwohl mindestens genauso viele Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf in diesen Klassen sind.

Hanna Schweizer

Gute Inklusion bedeutet für uns ….

- Die Einzigartigkeit jedes Kindes wird respektiert und Vertrauen in seine Fähigkeiten gesetzt.
- Die Vielfalt der SchülerInnen wird genutzt für die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sichtweisen und Bedürfnissen.
- Alle SchülerInnen erhalten Lernangebote für die Entfaltung ihrer eigenen Potentiale.
- Die Kinder lernen, sich in ihrer Unterschiedlichkeit zu respektieren und sich gegenseitig zu unterstützen als Grundlage für ein erfolgreiches gemeinsames Lernen.

Kurzer Rückblick
Integration und Inklusion

Kurzer Rückblick – Integration und Inklusion

Ich möchte aus meinem persönlichen Blickwinkel als ehemaliger Lehrer vorstellen, warum ich mich an der Initiative beteilige und sie für notwendig halte.
Ich habe bis zu meinem 20. Lebensjahr keinerlei Kontakt zu irgendeinem behinderten Menschen gehabt; im Rahmen meines Deutsch- und Soziologie- Studiums ab 1972 habe ich mich mit der damaligen ‚Krüppelbewegung' beschäftigt, die fast 30 Jahren nach Beendigung des II. Weltkriegs sich für volle gesellschaftliche Teilhabe der behinderten Menschen einsetzte: für Barrierefreiheit, Arbeitsplätze, Unterstützung im Haushalt und auch für die Möglichkeit, dass behinderte Kinder in ‚normalen' öffentlichen Einrichtungen aufgenommen werden: KITAS, Schulen usw.
Eltern griffen das auf und so kam es, dass 1983 unter Bildungssenator Joist Grolle in zwei Bergedorfer Grundschulen jeweils eine Integrationsklasse mit behinderten und nichtbehinderten Kindern eingerichtet wurde.
Ich fand das für mich – damals schon als Gymnasiallehrer an einer Gesamtschule – spannend und fragte mich natürlich auch, wie das das funktionieren könne.
Meinen ersten direkten Kontakt mit behinderten Kindern hatte ich dann 1987 als die sehr engagierten Eltern der Grundschule Alsterdorfer Straße das Kollegium der Gesamtschule Winterhude aufforderten, ihre Kinder in Jahrgang 5 aufzunehmen. Ich sollte Klassenlehrer ab August 1988 werden und besuchte vorher an der GS Bergedorf die dort eingerichteten zwei 5. Klassen und war fasziniert und begeistert: begeistert von den Kindern, denen völlig egal war, ob jemand behindert war oder nicht und auch von den im Team arbeitenden KollegInnen. Ich kannte zwar auch Methoden wie

individualisierte Materialien, aber das Zusammenspiel der drei verschiedenen Pädagogikberufen zeigte neue Wege auf. Diese Hospitationen waren mir eine große Hilfe für meine Vorbereitung auf dieses neue pädagogische Feld.
Begleitet wurde die Einrichtung der I-Klassen an den Grundschulen und Gesamtschulen von der Einrichtung der Integrativen Regelklassen an den Grundschulen unter Senatorin Rosemarie Raab im Jahre 1990. Ziel war es, so wenige Kinder wie möglich an Förder- oder Sonderschulen auszusortieren und so den Integrations- oder besser Inklusionsgedanken konsequent weiterzuentwickeln. Die Einrichtung von I- und IR-Klassen nahm zu Beginn eine rasante Entwicklung; leider wurden sie nicht als Regelklassen eingerichtet, sondern nur als Schulversuch.
Für mich als Lehrer war besonders wichtig, im Team zu arbeiten, von anderen Fachrichtungen ein permanentes Feedback und Unterstützung zu bekommen. Das war nur möglich, weil wir alle Stunden in Doppelbesetzung durchführen konnten.
Wichtig z. B. auch bei besonderen pädagogischen Problemen, wie z. B. die Betreuung eines Mädchens mit Down-Syndrom, das in die Pubertät kam und manchmal halbe Vormittage mit der Sozial- oder Sonderpädagogin darüber sprach, weil sie mit ihrer Veränderung und dem Umgang mit den anderen Kindern Probleme hatte. Das wäre mit der heutigen Ausstattung schlichtweg nicht möglich gewesen.
So lief aber alles weiter, bis 2009 unter der Bildungssenatorin Frau Götsch das Schulgesetz novelliert und das Recht auf Inklusion im Schulgesetz verankert wurde. Damals erwartete ich, dass das I- und IR-Klassen-Programm erheblich erweitert würde. Daher fand ich den Antrag der SPD – damals in der Opposition – großartig, der genau das – ganz in meinem Sinne – beinhaltete und der parallel zur Novellierung des Schulgesetzes gestellt wurde.

1983 erste Integrationsklassen in der Grundschule

1987 erste Integrationsklassen in weiterführenden Schulen

1990 erste integrative Regelklassen in der Grundschule

2008 50 I-Klassen und 35 IR-Grundschulen in Hamburg

2009 Einstimmiger Bürgerschaftsbeschluss für das Recht auf Inklusion im

Für die Inklusion wurden keine Ressourcen vorgesehen.

Zum Vergleich:

Für die geplante Primarschulreform waren 70 Mio Euro pro Jahr im Haushalt eingeplant.

2009
Antrag der SPD (Ties Rabe und andere) an die Bürgerschaft

»In zwei Jahren soll es 100 statt 50 Schulen mit Integrationsklassen und 100 statt 35 Grundschulen mit integrativen Regelklassen geben.«

(Bürgerschaftsdrucksache 19/2910, S.2f)

Der Antrag wurde mit der Mehrheit von CDU/GRÜNEN abgelehnt.

2011
SPD-Regierungsprogramm zur Bürgerschaftswahl

»Wir versprechen nur, was wir auch halten können.« (S.2)

»Behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche sollen zukünftig selbstverständlich zusammen lernen können.

Dazu sollen nach dem Vorbild der seit Jahren erfolgreichen Integrationsklassen und integrativen Regelklassen weitere Angebote geschaffen werden.« (S.27)

Wie versprochen…

2011
Beschluss der allein regierenden

… so gebrochen.

***I- und IR-Klassen* werden abgeschafft. Die Personalzuweisung wird für behinderte Kinder um ein Drittel gegenüber I-Klassen und bei LSE um 50% gegenüber IR-Klassen gekürzt.**

(Bürgerschaftsdrucksache . 20/3641, S.23)

Bedauerlicherweise wurde er von der Schwarz-Grünen Mehrheit in der Bürgerschaft abgelehnt. Außerdem wurde nur das Schulgesetz geändert aber ‚vergessen' zusätzliche Mittel für diese Schulgesetzänderung zur Verfügung zu stellen.

Aber im Wahlkampf 2011 kündigte der SPD-Bürgermeisterkandidat Olaf Scholz an, die Situation für Integration bzw. Inklusion deutlich zu verbessern, wenn er die Wahlen gewinnen würde. Die SPD gewann die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft und die Aussichten für die Inklusion schienen gut. Doch schon ein Jahr später 2012 beschloss die Bürgerschaft mit der SPD-Mehrheit die Abschaffung der I- und IR-Klassen. Die Personalzuweisung für die Inklusion wurde im Vergleich zu den I- und IR-Klassen massiv gekürzt. Dies bewirkte eine erhebliche Verschlechterung für das gemeinsame Lernen der Kinder in den Inklusionsklassen im Vergleich zu den I- und IR-Klassen und stellte einen eklatanten Wortbruch des Bürgermeisters Olaf Scholz dar. Viele Dinge, die an Schulen mit Integrationserfahrung praktiziert wurden, waren/sind schlichtweg nicht mehr durchführbar. In meinen Augen hat die Hamburger Regierung da eine große Chance verpasst, positive Bildungsgeschichte zu schreiben und die Aussage, die ja immer wieder vorgetragen wird, dass die Menschen unsere einzige und wichtigste Ressource sind von Kind an auf zu leben. Wenn Olaf Scholz und die damals allein regierende SPD 2012 nicht den Wortbruch begangen hätten, wären die Volksinitiative und die heutige Anhörung überflüssig.

Martin Reichert

Die Volksinitiative

GUTE INKLUSION!

FÜR HAMBURGS SCHÜLERINNEN

wäre überflüssig ohne den Wortbruch von Olaf Scholz 2012.

Der Kern unserer Forderungen:

ein Rettungsschirm für die Inklusion

Das heißt….

- Die Personalkürzungen von 2012 für SchülerInnen mit einer Behinderung müssen zurückgenommen werden.
- Pflege-, Therapie- und Raumangebote für SchülerInnen mit einer Behinderung wie in Sonderschulen.
- SchülerInnen mit LSE müssen mindestens die 2012 beschlossenen drei Lehrerunterrichtsstunden erhalten.

Der Kern unserer Forderung - Rettungsschirm für die Inklusion

2012 wurden die Personalmittel pro SchülerIn mit einer Behinderung gegenüber den Integrationsklassen um ein Drittel gekürzt. Eine vergleichbar brutale Kürzung auf Kosten einer Schülergruppe hat es in der Hamburger Bildungspolitik der letzten 70 Jahre nicht gegeben. Und dies geschah 2012 ausgerechnet zu Lasten von Kindern, deren Rechte durch die UN-Behindertenrechtskonvention besonders gestärkt werden sollten.

Insofern verstehen wir den Kern unserer Forderungen als Rettungsschirm für die Inklusion, als die minimale Voraussetzung für eine gute gelingende Inklusion.

Der Kern unserer Forderungen besteht darin, dass die Kürzung von 2012 für behinderte Kinder zurückgenommen wird, dass es in der Inklusion für diese SchülerInnen ein Pflege-, Therapie- und Raumangebot gibt vergleichbar dem in Sonderschulen. Und schließlich müssen pro SchülerIn mit LSE mindestens die 2012 beschlossenen drei Lehrerunterrichtsstunden zur Verfügung gestellt werden. Dies entspricht der Hälfte der Personalversorgung, die für die integrativen Regelklassen galt.

Unsere Forderungen liegen weit unter dem, was Olaf Scholz 2011 in seinem Regierungsprogramm versprochen hat. Sie sind nicht mehr als ein Rettungsschirm, der die Inklusion vor dem Absturz schützen soll.

Unsere Forderungen für SchülerInnen mit LSE

* Drei Lehrerunterrichtsstunden pro SchülerIn mit LSE

entsprechend dem Bürgerschaftsbeschluss von 2012

Diese drei Stunden galten vorher

→ **für die Förderzentren in Hamburg.**

→ **für die SchülerInnen aus IR-Klassen in weiterführenden Schulen.**

Sie stehen auch im Gutachten von Prof. Preuss-Lausitz für NRW und Bremen.

Unsere Forderungen für SchülerInnen mit LSE

Ich bin Mutter von drei Jungen, von denen einer Förderbedarf im LSE-Bereich hat.
Meine Erfahrungen zeigen, dass die zur Verfügung gestellten Lehrerstunden vorne und hinten nicht reichen. Das gilt für alle drei Schulformen.
In den Integrativen Regelklassen waren es sechs Stunden pro Kind. Wenn wir jetzt drei Stunden fordern, ist es das absolute Minimum.
Selbst sehr engagierte und hochkompetente Lehrkräfte können die umfangreichen Aufgaben im Bereich der Unterrichtsvorbereitung, der Förderplanung, der Teamabsprachen, der individuellen Lernberatung, des Beziehungsaufbaus gerade zu den Kindern mit LSE, der Kommunikation mit den Eltern und vieles mehr mit der geringen Stundenzuweisung nicht leisten.
Für die Grundschule haben die ReBBZ in den letzten Jahren durchschnittlich fast 7% Kinder mit LSE diagnostiziert. Die Personalzuweisung der Schulbehörde geht aber von nur 4% Kindern mit LSE aus.
So erhalten die Grundschulen pro Kind weniger als 2 Lehrerstunden.
Für die weiterführenden Schulen haben die Regierungsparteien festgelegt, dass es für LSE nur 85 Lehrerstellen pro Jahrgang gibt unabhängig von der Zahl der SchülerInnen mit LSE.
Das bedeutet für den jetzigen Jahrgang 5, dass pro SchülerIn mit LSE ebenfalls weniger als zwei Lehrerstunden zur Verfügung stehen. Das ist ein Skandal.
Unsere Forderung: Es müssen so viele Lehrerstellen bereitgestellt werden, dass pro SchülerIn mit LSE drei Lehrerstunden zur Verfügung stehen.

Sylvia Wehde

Unsere Forderungen für SchülerInnen mit LSE in der Grundschule

*** Die Personalzuweisung muss von 7% LSE ausgehen.**

- Der Bürgerschaftsbeschluss 2012 geht von 4% Kindern mit LSE aus.
- Tatsächlich waren es 2014-2016 durchschnittlich knapp 7%. (Drs. 21/8383)
- **Pro SchülerIn mit LSE erhalten die Schulen nur 1,8 Stunden.**
- **Das sind 40% weniger als besagte 3 Stunden.**

Unsere Forderungen für SchülerInnen mit LSE in den Jahrgängen 5 - 10

*** Die Personalzuweisung muss von 3 Stunden pro SchülerIn mit LSE ausgehen.**

- Pro Jahrgang gibt es 85 Lehrerstellen unabhängig von der LSE-Zahl.
- Im jetzigen Jhg. 5 erhalten die weiterführenden Schulen nur 1,9 Std. pro SchülerIn mit LSE.

Die Situation für SchülerInnen mit einer Behinderung

»Wir Eltern sind ernüchtert: Die Rahmenbedingungen von 2012 nimmt Kinder mit Behinderungen und besonderen Bedarfen nicht mit. Die Konsequenz ist „Exklusion“, die klassische Sonderschule für mehr als 64 % der Kinder mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung und 94 % der Kinder mit intensivem Assistenzbedarf.«

Elternverein von »Leben mit Behinderung Hamburg«
Interessenvertretung von 1.500 Familien mit einem behinderten Kind

Die Situation für SchülerInnen mit einer Behinderung

Ein Schreiben von Eltern eines behinderten Kindes an die Volksinitiative:

„Liebe Mitglieder der Volksinitiative,
wir freuen uns, dass Sie sich für eine gute Inklusion einsetzen.
Wir sind Eltern eines Kindes, das seit der Geburt behindert ist. Für uns war von Anfang klar, dass unser behindertes Kind genauso zu unserer Familie gehört, wie alle anderen Geschwister und Verwandten. Und so lernten wir im Laufe der Zeit die Umgebung und unser Leben so inklusiv zu gestalten, dass alle zu ihrem Recht kamen und immer dabei waren.
Die gleichen Gedanken hatten wir, als wir eine Schule für unser Kind suchten. War es noch einfach eine integrative Kita zu finden, wurde es bei der Grundschulsuche schon schwerer. Offiziell hieß es ja, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf das Recht haben, eine Regelschule zu besuchen. Leider mussten wir erkennen, dass es für unser behindertes Kind keine Wahlfreiheit gab, sondern wir nur Grundschulen anwählen konnten, die eine sogenannte Schwerpunktschule sind.
Die folgenden vier Jahre zeigten uns, dass inklusive Beschulung auf den Schultern der Eltern und Lehrer ausgetragen wird: Fehlte der Schulbegleiter wurden wir Eltern oft gebeten unser Kind eher abzuholen. In den Ferien wurde uns anfangs die Betreuung im Hort untersagt, weil der Punkt "Schulbegleiter in den Ferien" im Rahmenvertrag zur Ganztagsbetreuung schlicht vergessen wurde. Wir Eltern mussten dies erst einklagen. Sonderpädagogische Förderung gab es nur in Deutsch und Mathe, obwohl der §3 des Hamburger Schulgesetzes besagt, Schüler nach den individuellen Leistungszielen zu unterrichten, also den Unterrichtsstoff zu individualisieren. Aber nicht alle Lehrer machen sich die Mühe und unser Sohn konnte so dem Unterricht in Sachkunde zum Beispiel nicht immer folgen. Unser Kind hatte ein sehr großes Interesse an diesem Fach und wir, als Eltern, fingen diese Themen zuhause auf, damit er nicht den Anschluss verliert. Für die Pflege mussten wir - trotz Zusagen seitens der Behörde - letztlich selber sorgen, damit unser Kind nicht 5 Stunden pro Woche Unterricht versäumt. Das sind nur wenige Themen, mit denen wir uns während der Grundschulzeit

auseinandersetzen mussten - und dies an einer integrationserfahrenen Schule. Unsere Berufstätigkeit litt darunter sehr und die Energie, die wir als Eltern für eine solche auch nur unzureichende inklusive Beschulung aufwenden mussten, ging zunehmend über unsere Kräfte.

Als die Wahl der weiterführenden Schule anstand, suchten wir eine Schule mit einem Konzept, das am besten zu dem Lernverhalten unseres Kindes passt. Bis wir wieder erfuhren, dass diese Schule zwar Kinder mit dem Schwerpunkt Lernen, soziale und sprachliche Entwicklung aufnimmt, nicht aber Kinder mit einer Behinderung.
Nun standen wir vor der Wahl, wollen wir wieder tagtäglich kämpfen – für selbstverständliche Dinge, wie Betreuung, Differenzierung, angemessene Pflege, Therapie in Schule und Schulbegleitung und uns ständig mit dem Pädagogenteam, das selber häufig am Limit ist, um gemeinsames Vorgehen und Koordination auseinandersetzen? Oder wählen wir lieber eine gut ausgestattete Sonderschule, die all die Kämpfe und Energie nicht erfordert und uns als Eltern ermöglicht, unsere beruflichen Tätigkeiten auszuüben?
Wir konnten uns nicht vorstellen, noch weitere sechs Jahre kämpfen zu müssen, weil die Ressourcen nicht reichen, Raumkonzepte nicht umgesetzt werden und Pädagogen nicht mehr die nötige Zeit und Energie aufbringen können – angesichts der vielen anderen Herausforderungen im Schulalltag. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft für unser Kind, aber leider war dieser Weg für uns spätestens ab der weiterführenden Schule versperrt.
Wir haben gelernt, dass der Zugang zur Inklusion allein nicht ausreicht, sondern auch die Bedingungen stimmen müssen. Denn inklusive Bildung ist ein Recht auf Nicht-Diskriminierung und Qualität.“

Dass die Erfahrungen dieser Familie kein Einzelfall sind, zeigen die Stellungnahme von *Leben mit Behinderung* und die Aussagen von Senator Rabe in einer Broschüre der Friedrich Ebert Stiftung.

»So steckt die Inklusion für die körperlich und geistig behinderten SchülerInnen noch in den Kinderschuhen. Die Zahl der SchülerInnen auf den speziellen Sonderschulen bleibt konstant. Hamburger Eltern mit behinderten Kindern vertrauen nach wie vor stark der Expertise und der personellen sowie räumlichen Ausstattung der speziellen Sonderschulen und entscheiden sich aus diesem Grund oft gegen eine allgemeine Schule.«

Ties Rabe in: »Inklusive Bildung - Ländervergleich«, Friedrich Ebert Stiftung, 2015, S.43

Unsere Forderung für SchülerInnen mit einer Behinderung

Unsere Forderungen für SchülerInnen mit einer Behinderung

* **Erhöhung der schülerbezogenen Personalzuweisung um 1/3**

Das ermöglicht:

→ **eine durchgängige Doppelbesetzung des Unterrichts und**

→ **die notwendige multiprofessionelle Teamarbeit**

… bei drei SchülerInnen mit einer Behinderung in einer Schulklasse.

Das ist weniger als die I-Klassen erhielten, wäre aber eine gute Grundlage für eine gelingende Inklusion.

Unsere Forderungen für SchülerInnen mit einer Behinderung

Die Aussage von Senator Rabe bestätigt unsere Einschätzung, dass das Wahlrecht zwischen spezieller Sonderschule und Inklusion für Eltern eines Kindes mit einer Behinderung nur formal rechtlich besteht. Wegen der sehr unterschiedlichen personellen und räumlichen Ausstattung zwischen Sonderschule und Inklusion haben viele Eltern kein reales Wahlrecht.
Die Forderungen der Volksinitiative sollen dazu beitragen, dass diese Ungerechtigkeit abgebaut wird.
Wir fordern die Erhöhung der schülerbezogenen Personalzuweisung um ein Drittel. Das gleicht die massive Kürzung von 2012 zwar nicht aus.
Aber es bietet eine gute Grundlage für gelingende Inklusion. Bei drei Kindern mit einer Behinderung in einer Klasse würde eine durchgängige Doppelbesetzung und eine ausreichende Kooperationszeit des multiprofessionellen Teams möglich.
Im Bereich von Therapie und Pflege müssen in der Inklusion die gleichen Standards geschaffen werden mit festeingestelltem Personal wie in den speziellen Sonderschulen. Das gleiche gilt für zusätzliche Räume für Pflege, Therapie, Psychomotorik, Rückzugs- und Gruppenräume.
Erst diese von der Volksinitiative geforderten Rahmenbedingungen gewährleisten für Kinder mit einer Behinderung ein wirkliches Menschenrecht auf Inklusion.

Unsere Forderungen für SchülerInnen mit einer Behinderung

* **Gleicher Anspruch auf Therapie- und Pflegestunden in der Inklusion wie an speziellen Sonderschulen**
* **Einstellung des nötigen therapeutischen und pflegerischen Personals**
* **Zusätzliche Flächen im Musterflächenprogramm für Pflege, Therapie, Psychomotorik und Gruppenräume 8m² pro Kind mit einer Behinderung**

Unsere Forderungen für SchülerInnen mit einer Behinderung

* Barrierefreiheit für SchülerInnen mit einer Behinderung

→ Die allgemeinen Schulen schrittweise barrierefrei gestalten entsprechend ihrer SchülerInnen mit einer Behinderung

→ Masterplan für barrierefreie Schulen für 10 Jahre mit jährlich 10 Millionen Euro

Unsere Forderung zur Barrierefreiheit

Die Volksinitiative fordert, dass die allgemeinen Schulen schrittweise barrierefrei werden. Dazu sollen ein Masterplan erarbeitet und in den nächsten 10 Jahren jährlich 10 Millionen Euro bereitgestellt werden.
Zum Thema Barrierefreiheit haben wir den nebenstehenden Antrag von Senator Rabe aus der Zeit gefunden, als er noch in der parlamentarischen Opposition war. Nun konfrontieren wir ihn als Senator mit seinen damaligen sinnvollen Forderungen und mit der Wirklichkeit zum Thema Barrierefreiheit.

Beispiel 1: Mail einer Mutter an die Volksinitiative

»Liebe Mitglieder der Volksinitiative Gute Inklusion,
mit großem Interesse lese ich heute in der ZEIT-Hamburg das Streitgespräch über die Inklusion.
Das Zitat von Frau Duden in dem Streitgespräch: "Bei jedem Umbau wird aber inzwischen behindertengerecht gebaut", entspricht schlichtweg nicht der Wahrheit.
Wir können unser Kind, das auf einen Fahrstuhl angewiesen ist, nicht auf der Grundschule im Viertel anmelden. Die nächste barrierefreie Schule ist drei Kilometer entfernt. Für ein Kind im Grundschulalter ein langer Weg.
Es geht um die Grundschule X, die im letzten Jahr für mehrere Millionen grundsaniert wurde. Vor Baubeginn hatte der Schulleiter einen Antrag auf einen barrierefreien Umbau bei Schulbau Hamburg gestellt, da es an der Schule ein Kind im Rollstuhl gab. Dieser Antrag wurde abgelehnt, das Kind musste die Schule verlassen und das mehrgeschossige Schulgebäude ist nun komplett neu, aber ohne Fahrstuhl. Für uns und unser Kind ein fataler Fehler, weil es so aus dem gewohnten Umfeld gedrängt wird.«

Beispiel 2: Mail eines Vaters aus der Grundschule Rellinger Straße

„Die sechsjährige Grundschule Rellinger Straße wurde von der Schulinspektion in allen Bereichen hoch bewertet. Besonders ausgeprägt sind die für die Inklusion zentralen Bereiche wie

- *die Berücksichtigung der individuellen Lernvoraussetzungen der Kinder*
- *der hohe Stellenwert von Teamarbeit im Kollegium*
- *die ausgezeichnete Beteiligung der Schüler/innen an Verhaltens- und Erziehungsfragen.*

2012 erhielt die Schule den äußerst anspruchsvollen Deutschen Schulpreis als bisher einzige Grundschule in Hamburg.
2015/16 war die Rellinger Straße noch Schwerpunktschule. Seit 2016/17 ist sie aus dem Verzeichnis der Schwerpunktschulen mit der Begründung gestrichen worden, sie sei nicht barrierefrei. Nun wird der vorgesehene Erweiterungsbau für mehrere Millionen auch nicht barrierefrei geplant.
Wenn noch nicht einmal eine der besten Hamburger Grundschulen mit großer Kompetenz in der Inklusion und Erfahrungen mit behinderten Kindern barrierefrei ausgebaut wird, wie soll dann die Inklusion in Hamburg auf einen grünen Zweig kommen? Gute Inklusionspolitik geht anders. Ich hoffe, die Volksinitiative kann etwas daran ändern.“

Beispiel 3: Mail eines Elternratsmitgliedes der Ida Ehre Schule

„Die Ida Ehre Stadtteilschule ist eine große Schwerpunktpunktschule mit mehreren körperbehinderten SchülerInnen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Im Hauptgebäude mit Schulbüro, Lehrerzimmer, Aula etc. gibt es für Rollstuhlfahrer keine Möglichkeit die Türen allein zu öffnen. Auch an den dahinterliegenden Fahrstuhl kommen sie nicht allein. Es gibt auch keine Gegensprechanlage, um sich bemerkbar zu machen und um Unterstützung zu bitten. Es fehlt ein Pflegeraum, auf den einzelne SchülerInnen angewiesen sind. Es gibt noch nicht einmal ein höhenverstellbares Waschbacken und einen Entsprechenden Spiegel. Erst auf Intervention von Eltern wurde dies bei der Sanierung eines weiteren großen Gebäudes mit zusätzlichen Kosten nachträglich berücksichtigt.“

Eine gute Idee zu barrierefreien Schulen …

»Die Barrierefreiheit ist eine unabdingbare Voraussetzung, damit gemeinsamer Unterricht möglich wird.

Die Herstellung von Barrierefreiheit sollte zu einem zentralen Förderkriterium bei der Vergabe finanzieller Mittel für schulische Umbaumaßnahmen gemacht werden.«

2009 Bürgerschaftsantrag der SPD (Ties Rabe und andere) als sie noch in der Opposition waren.

Die schulische Inklusion ist gefährdet, wenn die Ressourcen nicht erhöht werden.

»Im Prinzip bin ich für die Inklusion, aber so wie jetzt geht es nicht weiter. Im Moment kommen alle zu kurz - die Kinder mit Förderbedarf und die anderen auch.
Ohne mehr Personal und Räume kippt die Stimmung gegen die Inklusion.«

Aussage einer Mutter am Infostand

Die schulische Inklusion ist gefährdet, wenn die Ressourcen nicht erhöht werden.

»Aus Sicht der drei Hamburger Schulleitungsverbände sind ausreichende personelle und räumliche Ressourcen eine wesentliche Grundlage für eine gelingende Inklusion.

Ohne diese Grundlagen sehen sie keine Möglichkeit, dass SchülerInnen, Lehrkräfte und die Eltern dauerhaft ein positives Verhältnis zur Inklusion gewinnen.«

Presseerklärung vom 12.6.17

Die schulische Inklusion ist gefährdet, wenn die Ressourcen nicht erhöht werden.

Die NRW-Wahlen und die Kontroverse in Niedersachsen zeigen:

Es besteht die Gefahr, dass die Inklusionsgegner die Oberhand gewinnen.

Die schulische Inklusion ist gefährdet

In den unzähligen Gesprächen beim Sammeln von Unterschriften haben wir bei Eltern eine überwiegend positive Haltung zur Inklusion angetroffen. Zugleich trafen wir auf eine riesige Skepsis und Sorge, dass die Inklusion nicht funktioniert, weil die personelle und räumliche Ausstattung nicht ausreichend ist. Dieselbe Sichtweise zeigt sich auch bei den Fachleuten in den Schulen.
Erstmalig haben die Hamburger Schulleiterverbände der Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien eine gemeinsame Presseerklärung herausgegeben. Sie sprechen sich für die Inklusion aus und verdeutlichen, dass ohne mehr Ressourcen die Inklusion gefährdet ist.
Die Gefährdung der schulischen Inklusion zeigt sich auch in den Wahlen und Wahlkämpfen der letzten Zeit. Unzureichend ausgestattete Inklusion stärkt die Inklusionsgegner.

Unser Appell an die politisch Verantwortlichen

Ermöglichen Sie gelingende Inklusion durch ausreichende Ressourcen!

- **Stadtteilschulen stärken**
- **Bildungschancen aller SchülerInnen sichern**
- **Inklusionsgegnern Argumente nehmen**

Unser Appell an die politische Verantwortlichen

Wir appellieren an die Hamburger Bürgerschaft im Namen von über 24.000 Menschen, die in kurzer Zeit unsere Forderungen unterschrieben haben:

Statten Sie die Inklusion personell und räumlich so aus, dass sie gelingen kann.
Sie stärken damit u.a. die Stadtteilschule, die nur mit gelingender Inklusion eine Perspektive hat.
Sie sichern damit auch die Bildungschancen aller SchülerInnen und nehmen den Inklusionsgegnern die Argumente.
Der Volksinitiative wird von den Regierenden gerne vorgeworfen, sie fordert immer nur mehr Geld. Dabei muss es doch um die Qualität der Inklusion gehen.
Ja, natürlich geht es uns um die Qualität. Deshalb heißen wir Volksinitiative *Gute Inklusion* für *Hamburgs SchülerInnen*. Aber wir wissen doch alle auch aus anderen Lebensbereichen, dass Qualität nicht zum Billigtarif zu haben ist. Und bei Inklusion geht es schließlich um die Zukunft unserer Kinder.

Wir wissen: **Ressourcen sind nicht alles, aber ohne genügend Ressourcen ist alles nichts.**

GUTE INKLUSION! FÜR HAMBURGS SCHÜLERINNEN

Diese Organisationen unterstützen die Volksinitiative:

Allgemeiner Studierendenausschuss der HafenCity Universität Hamburg

Deuscher Gewerkschaftsbund Bergedorf

Eine Schule für alle

dlh - Lehrergewerkschaften Hamburg

Elternverein Hamburg e.V.

ElbschulEltern fu r hörbehinderte Schüler in Hamburg

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Verband Hamburger Schulleitungen

Grundschulverband Landesgruppe Hamburg

Kontakt- und Informationszentrum Down-Syndrom

Fachschaftsrat Lehramt Universität Hamburg

GANZTAGSSCHULVERBAND e.V. Landesverband Hamburg

Kinderwelt Hamburg e.V.

ver.di Fachgruppe Schulen

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Verband Integration an Hamburger Schulen e.V.

Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen in Hamburg

Vereinigung der SchulleiterInnen der Stadtteilschulen in Hamburg

Vereinigung der Leitung der Hamburger Gymnasien und Studienseminare

Diese Parteien unterstützen die Volksinitiative:

DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Freie Demokraten Landesverband Hamburg FDP

Pressekontakt:
Pit Katzer

info@gute-inklusion.de

Tel.: 0178-2140462
www.gute-inklusion.de

GUTE INKLUSION!
FÜR HAMBURGS SCHÜLERINNEN